

# Thesen zu „Friedens- und Ökologiebewegung verbinden“

*Lou Marin, Verlag Graswurzelrevolution, Marseille*

## **I. Da war doch mal was: Ökopax!**

„Ökopax“ hieß Anfang der Achtzigerjahre das strategische und oft auch aktionsorientierte Zusammengehen der Ökologie- und der Friedensbewegung: Die Anti-AKW-Bewegung befasste sich mit der Produktion von Plutonium, das für den Bau von Atombomben benötigt wurde, und die Friedensbewegung war größtenteils eine Anti-Atomraketen-Stationierungsbewegung, und wandte sich in ihren nationalismuskritischen Strömungen auch explizit gegen den Griff zur A-Bombe durch die BRD, der ab 1982 in Kreisen der Regierung Kohl erwogen wurde und für den schon früh an prominentester Stelle der Name Strauß stand, der – das soll nicht vergessen werden – im Jahre 1980 noch Kanzlerkandidat der Union gewesen war. Thematisiert wurde von den Ökopax-Theoretikern, allen voran von Robert Jungk für die Anti-AKW-Bewegung oder auch vom britischen Theoretiker einer blockübergreifenden Friedensbewegung, Edward P. Thompson, der militärisch-industrielle Komplex. Die emanzipative Technikkritik der Anti-AKW-Bewegung am orthodoxen Marxismus setzte an einer Kritik der Produktivkraftentwicklung an. Die im Marxismus propagierte Entfesselung der Produktivkräfte als Voraussetzung für einen Übergang von Kapitalismus zu Sozialismus wurde in Frage gestellt. Daran anknüpfend setzten ÖkologInnen und gewaltfreie AnarchistInnen aus dem Umfeld der Graswurzelbewegung auf Wachstumskritik und damit verbunden auf eine dezentrale Gesellschaftsvision. Das zentrale Theorem von Edward P. Thompson war die Negativutopie des „Exterminismus“: Durch die technokratische Eigendynamik des militärisch-industriellen Komplexes und den möglichen Einsatz von Atombomben treibt die gesamte Menschheit auf ihre Selbstvernichtung zu. Nicht mehr als unmittelbar drohender Atomkrieg, doch als Form von immer neuen Waffengenerationen, die in Kriegen ausgetestet werden müssen oder in Kriegsgebiete verkauft werden, ist dieser Ansatz noch immer von hoher Aktualität auch heute.

Aus den Erfolgen der Anti-AKW-Bewegung können wir lernen: Die Geschichte der Anti-AKW-Bewegung ist voll von überraschenden Wendungen, die bei genauerem Hinsehen und vor allem im Rückblick auch strategische Einflussnahmen aus dem Spektrum der gewaltfreien Aktionsgruppen (damals auch der FÖGA – Föderation gewaltfreier Aktionsgruppen) und der DFG/VK als mittelfristig wirksam erkenntlich machen. So wurde zum Beispiel aus der Bewegungsstrategie „zentrale Verhinderungs-Schlachten am Bauzaun“ Stück für Stück weiterentwickelt und umgewandelt zu einer dezentralen Strategie des Blockierens der Infrastruktur des Atomstaats und der Atomindustrie, bedingt vor allem durch weitgehend gewaltfreie, dezentrale Aktionen gegen Atomtransporte.

Innerhalb der Friedensbewegung knüpften daran in den Achtzigerjahren an: die Blockaden gegen Munitionstransporte, die Manöverstörungen im „Fulda Gap“ 1984 oder etwa die Blockaden 1990/1991 gegen die Truppenverlegungen der US-Armee aus der BRD in den Irak. Eine Blockade und Massendemo an der Frankfurter AirBase konnte dabei zum Auslöser der Anti-Golfkriegsbewegung im Januar 1991 werden.

## **II. Herausforderungen für die Friedensbewegung heute**

Die Bundeswehr ist derzeit an Kriegen oder kriegsunterstützenden Einsätzen sowie mit Ausbildern und/oder Soldaten beteiligt in Afghanistan, Syrien, Irak, Libanon, Somalia, Äthiopien, Südsudan, Sudan, Zentralafrikanische Republik, Niger, Mali, Westsahara. Auf

deutschem Boden existiert das AfriCom, das US-Oberkommando für Drohnen in Afrika. Hier gab es in den letzten Monaten aufgrund des Brexit sowie inzwischen wieder obsoleten Ankündigungen des US-Präsidenten Trump, die NATO zu verlassen oder aufzulösen, mehrfache Äußerungen von Verteidigungsministerin von der Leyen, eine verstärkte europäische Militärkooperation besonders zwischen Frankreich, der BRD und Italien zu suchen und strategisch bis hin zum Aufbau einer EU-eigenen Armee zu denken, falls Trump seine Ankündigungen wahr machen sollte; sogar als Strategie, die EU zu retten und gerade durch eine EU-eigene Militärstrategie zum Zusammenhalt der EU beizutragen.

In die aktuelle Gesamtanalyse der Friedensbewegung ist noch nicht genügend folgende Lageanalyse eingegangen:

Die Welt ist praktisch durchgehend im Krieg. Es kommt dabei vermehrt zur regionalen Herausbildung von Kriegsökonomien, daraus folgt wiederum ein vielfaches Eigeninteresse der verwickelten Kampftruppen und Milizen an einer Aufrechterhaltung des Kriegszustands. Militärische Interventionen der Westmächte und der NATO, ob mit oder ohne Placet durch die UN, spitzen die Lage erfahrungsgemäß zu. Die Gefahr großer Opferzahlen geht aber auch von brutalisierten, lokalen Milizen aus, die zur Vergeltung auf weltweiten Terror oder einen „weltweiten Bürgerkrieg“ (Jargon des Islamischen Staats) setzen. In Zukunft wird es zunehmend zu Konflikten der Großmächte USA, EU, Russland und China um immer knapper werdende Ressourcen, vor allem in Afrika, im Nahen Osten und im Gebiet Türkei/Irak/Iran kommen. PolitikerInnen und Medien beschwörend alle Arten des „Krieges“, vom „Krieg gegen Drogen“ bis zum „Krieg gegen den Terror“ – eine zentrale Aufgabe antimilitaristischer Initiativen im Besonderen und der Friedensbewegung im Allgemeinen wird es sein, diese sich verbreitende, öffentliche Kriegsrhetorik zu bekämpfen; es geht dabei um einen propagandistischen Kampf um das öffentliche Bewusstsein. Die öffentliche Angst vor Terror im Innern fördert die Kriegsbereitschaft der Bevölkerung nach Außen oder zumindest eine dafür nötige innenpolitische Indifferenz. Zentral bei dieser Strategie muss sein die immer wieder vorgetragene Skandalisierung des Rüstungshandels mit Kleinwaffen sowie die Waffenexporte in Kriegsgebiete. So haben diese Waffenexporte zum Beispiel zur Entstehung des syrischen Bürgerkrieges via Libanon maßgeblich beigetragen.

Der Krieg ist heute nicht mehr durch Massenstreiks oder massenhafte Kriegsdienstverweigerung zu bekämpfen. Denn es kommt zur technologischen Aufrüstung: führend dabei die medial kaum skandalisierte Tötung durch Drohnen; sogar ein großer Regionalkrieg könnte heute von den westlichen beteiligten Mächten durch 10000 hochgerüstete Soldaten-Techniker geführt werden. Die Kriegsführungsfähigkeit ist heute abhängig von relativ kleinen Gruppen hoch ausgebildeten militärischen Personals. Wer das in direkten Aktionen thematisieren und perspektivisch als militärische Infrastruktur angreifen will, muss die nötigen Dienstleistungen an Infrastrukturerbringung in den Blick nehmen.

Die Grenzen zwischen zivil und militärisch verwischen dabei: Das hochqualifizierte Personal des Massenmords muss politisch, nachrichtendienstlich sowie medial geschützt werden, darf nicht in den Fokus der öffentlichen Meinungsbildung gerückt werden, ist durch den gegebenen Arbeitsmarkt mit wenig qualifiziertem Personal schwer oder gar nicht zu ersetzen. Gerade deshalb steigt die Bedeutung individueller Verweigerer aus dem militärisch-industriellen Komplex, wie etwa die aktuellen Beispiele Edward Snowden oder Chelsea Manning zeigen.

Weitere Möglichkeit antimilitaristischer Gruppen oder der Friedensbewegung läge strategisch darin, die Infrastruktur des Waffenhandels anzugreifen, das heißt Gütertransporte von Waffenfirmen zu blockieren.

Die Friedensbewegung muss die Dimensionen heutiger multipler Kriegsführung ausloten:

Ein Ziel verschiedener Gruppen ist die Herstellung eines Bürgerkriegsszenarios. Auch hier vermischen sich zivile und militärische Dimensionen. Die politische und mediale Kriegsrhetorik geht nahtlos über zur Diskussion um Konkurrenzstrategien auf den Finanzmärkten, in der globalisierten Wirtschaft, zum „Krieg gegen Flüchtlinge“. Immer wieder kommt es zu reaktionären Ausbrüchen von Gewalt (Amok, Fussball-Hooligans, Hass-Reden im Internet, Folter und Entmenschlichung in Bundeswehr-Kasernen wie Pfullendorf, neofaschistische und rassistische Mentalitäten in Truppe und Offizierskorps der Bundeswehr).

Für die Friedensbewegung stellen sich die Probleme dabei in äußerster Komplexität dar: Sogar von US-Strategen wurde nach dem Desaster des Irak-Krieges vor allem in Osteuropa ein „Regime Change“ mit nicht-militärischen Mitteln, mit Mitteln des zivilen Ungehorsams erwogen, finanziert und in Teilen auch umgesetzt. Der staatliche Boykott als Embargo, die Militärintervention fordernde oder begleitende humanitäre Organisation, die Mediation und die Schlichtung als Strategie sozialer Einbindung sind zum selbstverständlichen Bestandteil von staatlicher Machtpolitik und der Bekämpfung sozialer Oppositionsbewegungen geworden – oft dadurch, dass deren Aktionsstrategien zum Zwecke staatlich-kapitalistischer Interessenpolitik instrumentalisiert werden. Dies zu durchschauen und auf die absolute Unabhängigkeit der Friedensbewegung zu achten – auch gegenüber vorgeblich sekundären oder für multipolaren Ausgleich sorgenden Mächten wie Russland unter Putin – ist unabdingbare Voraussetzung für antimilitaristisches Vorgehen.

Eine weitere Gegenstrategie des Antimilitarismus muss auf der Bewusstseinssebene greifen:

Ein Ergebnis der eben beschriebenen multiplen Kriegsführung ist die radikalisierte Entfremdung und zum Teil grassierende Verwirrung im Bewusstsein vieler Protestierender gegen die herrschenden Verhältnisse. Der Wahnsinn der Verhältnisse führt zu Subjekten des Wahnsinns: PEGIDA, Chemtrails, Unterstützung für Putin auf Montagsmahnwachen („Friedenswinter“, „Stoppt Ramstein“). Linke Alternativen werden auf Militärintervention, alternative Milizbewaffnung (Rojava-Solidarität der Linken), gar Unterstützung der Peshmerga-Ausbildung durch die Bundeswehr oder – auf der anderen Seite des Internationalismus – auf Beteiligung am syrischen Bürgerkrieg auf Seiten des IS beschränkt und immer wieder als ausweglos dargestellt. Auf intellektueller Ebene werden die Geschichte der Gewaltfreiheit und die gewaltfreie Aktion in sozialen Bewegungen derzeit auf beispiellose Weise propagandistisch von BefürworterInnen der Gewalt angegriffen (durch Bücher etwa von Domenico Losurdo; durch Arundhati Roys Angriffe auf Gandhi just zur selben Zeit, als die Partei der Gandhi-Mörder, die BJP, in Indien an die Regierung kommt; durch die offen gegen Pazifismus und Gewaltfreiheit gerichteten Bücher im anglo-amerikanischen Raum von Ward Churchill, „Pacifism as Pathology“, 1998, oder von Peter Gelderloos, „The Failure of Non-Violence“, 2013). Diese Angriffe müssen nicht nur auf historisch-theoretischer Ebene widerlegt, sondern dagegen muss außerdem aus gewaltfreien, friedensbewegten und antimilitaristischen Kreisen öffentlich immer wieder über gewaltfreie

Massenbewegungen, etwa zuletzt diejenige von 2011, und ihre Macht, Diktatoren zu stürzen; über Traditionen im islamischen Kulturkreis (wie den gewaltfrei-anarchistischen Koran-Interpreten Mahmud Mohammad Taha im Sudan, den islamischen Gandhi-Mitkämpfer Abdul Ghaffar Khan, das Palästinensische Zentrum für Gewaltlosigkeit, Anarchists Against the Wall, Jawdat Said – den syrischen Gandhi) sowie überhaupt über Massenflucht vor Bürgerkriegen als gewaltfreier Widerstand u.a. gegen Kriegsdienst und Zwangsrekrutierungen informiert werden.

Ein Wort zu den sogenannten „Failed States“ als eine immer stärker verbreitete Folge von Bürgerkriegen und Kriegsökonomien: Aus antimilitaristisch-anarchistischer Sicht ist nicht jede Form der Auflösung von Staaten positiv. Sie ist nur dann positiv, wenn sie durch eine gesellschaftliche Basis oder zumindest eine Massenminorität erreicht wird, die zumindest eine Zielvorstellung einer alternativen gewalt- und herrschaftsfreien Gesellschaft hat und die in der Lage ist, alternative Gesellschaftsstrukturen auch durchzusetzen. Failed States gibt es und sie werden von vielfältigen internationalen Interessensstrukturen sich überlappenden lokaler, regionaler und internationaler Machtakteure durchzogen. Es gibt ein historisches Modell für die dabei auftretenden Mechanismen: das Warlord-System im chinesischen Bürgerkrieg des 20. Jahrhunderts. Ausgehend von den Failed States kann die simple Wiederaufrichtung von Nationalstaaten nicht unser Ziel sein, sondern AntimilitaristInnen sollten eher auf die Stärkung von Strukturen und Verbindungen des Transnationalismus setzen, auch auf die Stützung lokaler emanzipativer Oasen oder Einheiten durch transnationale Formen der Solidarität: Beispiele dafür wären die Sem Terra/Landlosen-Bewegung in Brasilien; indigene Kämpfe, die nicht-militarisiert geführt werden, etwa Chico Mendes in Brasilien oder Ken Saro-Wiwa/Ogoni in Nigeria; Frauenbewegungen weltweit: Die Beendigung langjähriger Bürgerkriege etwa in Liberia und Sierra Leone durch Frauen muss wieder stärker in den Mittelpunkt antimilitaristischer Aufklärung gerückt werden, anstatt die Militarisierung von Frauen in Rojava-Frauenarmee-Einheiten als das Nonplusultra feministischer Emanzipation zu propagieren.

### **III. Herausforderungen für die Ökologiebewegung heute**

Die Atomenergie ist zurückgedrängt, wenngleich noch nicht abgeschafft und wenngleich auch nicht alle Atomanlagen, besonders die für den Export der Atomtechnologie bestimmten Anlagen, in den Ausstiegsbeschluss bis 2022 mit einbezogen wurden. Trotzdem: Wichtigstes ökologisches Thema ist heute der Klimawandel geworden. Die folgenden Thesen dazu gehen von Naomi Kleins umfassendem Buch aus: „Die Entscheidung des Kapitalismus vs. Klima“, 2015.

Der neue US-Präsident Trump und die Lobby der fossilen Brennstoffindustrie (Teil des militärisch-industriellen Komplexes) erkennen den menschlich verursachten Klimawandel und die Erderwärmung faktisch nicht an. Naomi Klein erklärt diese Weigerung, Wirklichkeit zur Kenntnis zu nehmen, so: Leute mit egalitärer und kommunitärer Weltsicht erkennen den Klimawandel an; Leute mit autoritärem Weltbild und egozentrisch-individualistischen Interessen eher nicht.

Seit Ende der Achtzigerjahre haben sich diverse UN-Klimakonferenzen mit staatlichen Verpflichtungen befasst, die Erderwärmung seit 1990 unter 2 Grad zu halten, allerdings ohne jedes positive Ergebnis oder ohne Sanktionsmöglichkeit bei Übertretung der eingegangenen Selbstverpflichtung. Parallel zu dieser Geschichte der UN-Klimakonferenzen haben sich jedoch die ökonomischen Strategien des Neoliberalismus

mit ihren Tendenzen zu bilateralen oder internationalen Freihandelsverträgen entwickelt. Was der eine Strang ablehnt, befürwortet der andere Strang explizit. Es gibt einen großen Einfluss der weltweiten Lobby von kapitalistischen Unternehmen der fossilen Brennstoffindustrie auf diese Geschichte des Scheiterns. Doch auf der Linken tragen dazu ebenfalls die Erfahrungen mit dem Staatssozialismus „des 21. Jahrhunderts“ mit Chávez in Venezuela, Morales in Bolivien, Correa in Ecuador bei, die alle eine verstaatlichte Politik des Welthandels mit fossilen Brennstoffen fortsetzen, auf Kosten der indigenen Bevölkerung, mittels eines unhinterfragten Begriffs des Fortschritts und der Entwicklung der Produktivkräfte. Bei den grünen Parteien zeigt sich die gesamte Problematik der grün-kapitalistischen Anpassung: das Green-Washing; die Unterstützung kosmetischer Umweltpolitik von Autokonzernen durch große Umweltverbände, als besonders peinlich offenbar geworden beim jüngsten Diesel-Skandal. Hinzu kommt der totale Fehlschlag des Handels mit Emissionszertifikaten. Eine Hauptaufgabe der heutigen Ökologiebewegung von unten wäre die Kritik der Korruptierbarkeit von Ökologie.

Auf eine besonders absurde Lösung der Techno-Fanatiker weist Naomi Klein hin. Sie besteht im sogenannten Geo-Engineering: Die kapitalistische Produktion läuft dabei ungehemmt weiter wie bisher, nur schirmt man sich gegen Negativwirkungen des Klimawandels mit absurden, hochtechnologischen und zudem gigantischen Projekten ab, wie etwa einer Wundermaschine zum Entzug des CO<sub>2</sub> aus der Luft; wie der Ausstaffierung des Ozeanbodens mit Eisenpartikeln, um dadurch der Atmosphäre Kohlendioxid zu entziehen; wie dem Auslegen von Wüstengebieten mit weißen Planen, um die Sonneneinstrahlung ins Weltall zurückzuschicken; wie des Weiteren dem SRM-Solar-Radiation-Management: Bei diesem technologischen Hirngespinnst stößt man Riesenmengen an Sulphat in die Stratosphäre, um die Sonne zu verdunkeln. Dabei riskiert man bewusst gefährvolle Negativeffekte: Wie bei Vulkanausbrüchen könnten die verdunkelnden Partikel Einflüsse auf die Regenverteilung ausüben, es käme zu einer realen Gefahr zusätzlicher Dürreperioden.

Gegen diese wahrlich irrsinnigen technokratischen Lösungen bei normalem Weiterbetrieb der kapitalistisch-staatlichen Produktion setzt Naomi Klein auf ökologische Gegenstrategien auf verschiedenen Ebenen:

Am wichtigsten hält sie die Propagierung der Durchsetzung des Verursacherprinzips von Verschmutzern, die zwar schon in Gang gekommen und im breiten Bewusstsein verankert, bei weitem aber noch nicht durchgesetzt worden ist.

Dann geht es ihr um generelle Dezentralisierung und Re-Kommunalisierung: Auch hier zeigen sich erste Erfolge beim Wiederaufkauf privater Firmen durch kommunale Dienste (Abfall, Wasser, Luft), welche die Gemeinden und Städte in den Neunzigerjahren oft privatisiert hatten, um ihre Haushaltsdefizite zu bereinigen. Für die BRD lobt Naomi Klein, dass inzwischen 25 % der Energiegewinnung aus erneuerbaren Energien stammen. Das alles nutzt jedoch nichts wegen der reaktionären Regierungspolitik der Energiegewinnung durch Kohleabbau: Doch dagegen sind seit einigen Jahren gewaltfreie Bewegungen mit großem Mobilisierungspotential aktiv, die sich mit direkten Aktionen zivilen Ungehorsams gegen die Kohleproduktion im Ruhrgebiet, in Hambach oder in der Lausitz wenden. Parallel dazu gibt es Kämpfe gegen Agrokonzerne wie Monsanto/Bayer, die sich immer wieder als Aktionen der Genfeldbefreiung zeigen.

Weitere Formen von Gegenstrategien sieht Naomi Klein in der „Blockadia“-Bewegung, die die Extraktionsindustrie an der Quelle bekämpfen will. Ergänzt wird sie von einer

weltweiten Divestment-Bewegung: nämlich der Aufforderung an öffentliche Einrichtungen wie Universitäten, Stadtverwaltungen, Religionsgemeinschaften, deren Anteile an der fossilen Brennstoffindustrie, an Projekten wie der Teersand-Pipeline in Kanada oder an Fracking-Projekten zu verkaufen. Es geht dabei strategisch darum, das Image der Privatfirmen zu schädigen, deren Eigenwerbung nach dem Vorbild der Zigarettenindustrie zu erschweren.

Für die sogenannte „Dritte Welt“ orientiert Naomi Klein auf die Stärkung der Rechte indigener Völker: Vorbilder gab es bei deren Kämpfen in den letzten Jahrzehnten immer wieder, wie etwa bei Kampf der Ogoni/Ken Saro-Wiwa in Nigeria gegen Shell, beim Widerstand gegen Ölpipelines in den USA, beim Widerstand gegen Landenteignung, gegen Bohrrechte auf Indígena-Land, gegen Landgrabbing, bei der Verankerung indigener Rechte in Verfassungstexten (etwa Kanada). Eine Perspektive wird dabei immer stärker zu berücksichtigen sein: die Verbindung der indigenen mit den ökologischen Kämpfe, unter Einbeziehung auch der Arbeiterbewegung: Die Aktionen des Gewerkschafters Chico Mendes in Brasilien haben gezeigt, dass die Interessen von Waldarbeitern und von Abholzung betroffenen indigenen Bevölkerungsgruppen auch zusammengeführt und komplementär wirksam werden können.

Für die hiesige Ökologiebewegung geht es des Weiteren darum, die weltweiten Bewegungen gegen Staudämme und Flughäfen zu unterstützen, die „ZAD“-BesetzerInnen auf dem vorgesehenen Flughafengelände bei Nantes, die Anti-Staudamm-AktivistInnen in Sivens/Südwestfrankreich, die ökologischen GegnerInnen des China-Dreischluchtenstaudamms. In Nordamerika werden tatsächlich Staudämme bereits abgerissen, um Schwemmland zu gewinnen als Schutz vor Überschwemmungen.

Der ökologische Hausbau nach traditionell-indigenen Architekturmethoden, mit viel Sonnenlicht und Windnutzung, kann diese Widerstandsstrategien konstruktiv ergänzen. Als Beispiel nennt Naomi Klein die Alternativstadt Greensburg in Kansas: Sie wurde 2007 durch einen Tornado vollständig zerstört, danach ganz neu ökologisch aufgebaut. Nach ökologischen Maßstäben wurden das neue Bürgermeisteramt, Krankenhäuser, die Feuerwehr, Schulen mit Niedrigenergie-Lichtdurchflutung und niedrigen Brennstoffverbrauch gebaut: Greensburg ist heute eine ökologische Modellstadt, ein lebendiges Laboratorium und wird besucht von internationalen ÖkologInnen und ArchitektInnen.

Naomi Klein weist auf die bedeutende Ebene der ökologischen Energiekritik hin: Die ökologische Kritik der Wachstumsideologie, die Forderung nach Null- oder Negativwachstum, die emanzipative Kritik der Entfesselung der Produktivkräfte darf nicht nachlassen. All das hat Auswirkungen auf die Rahmenbedingungen ökologischer Kämpfe, wenn etwa die Trump-Regierung nicht einmal die Problemlagen anerkennt oder das Thema Ökologie im französischen Präsidentschaftswahlkampf keine Rolle spielt.

Naomi Klein fordert außerdem Maßnahmen auf transnationaler/makroökonomischer Ebene: den Schuldenerlass für die Staaten des Südens; ökologisch zerstörten Gebieten muss Zeit gegeben werden für deren ökologische Regenerierung. Als Beispiel benennt sie die Ölkatastrophe Deepwater Horizon, wo allein die Regenerierung des Fischbestands Jahre in Anspruch nahm.

Naomi Klein zieht folgendes allgemeines Fazit: Die historisch siegreichen Bewegungen gegen die Sklaverei, für Bürgerrechte und Frauenrechte, für die Rechte der indigenen

Völker, und auch die Anti-Atom-Bewegungen hatten alle den Mangel, dass sie die soziale Gerechtigkeit nicht für gleich wichtig ansahen.

#### **IV. Konklusion: Solidarität von Ökopax mit globaler Flüchtlingswelle**

Aus einer gemeinsamen Analyse von Bedrohungsszenarien, der Lagebeschreibung und Gegenstrategien sowohl der weltweiten Friedensbewegung als auch der weltweiten Ökologiebewegung ergibt sich als Konsequenz, dass eine ganz andere politische Ebene in den Blickpunkt gerückt werden muss: die internationale Solidarität mit der weltweiten Flüchtlingswelle, die bisher nur einen Vorgeschmack davon bot, was als Folge ökologischer Zerstörungen und Zerstörungen durch Bürgerkriege und Militärinterventionen kommen wird. Die Massenflucht als zeitgenössisch wichtigste Form gewaltfreier Aktion muss in den Mittelpunkt des Problembewusstseins der Öffentlichkeit, der Medien und auch linker Solidaritätsstrategien gerückt werden; die Friedens- und Ökologiebewegung muss sich mit der hiesigen antirassistischen Bewegung verbinden und verbünden – das erfordert Anstrengungen und ein Aufeinander-Zugehen von allen Seiten sozialer Bewegungsstrukturen.